

Nachbetrachtung zur KMU-Konferenz vom Mai 2009

Wie ist das Ergebnis der KMU-Konferenz von OWUS und der RLS nach einem gewissen Abstand zu bewerten, und welche Schlussfolgerungen sollten daraus für die weitere Arbeit gezogen werden? Betrachtet man Verlauf und Ergebnis, so kann festgestellt werden, dass die Konferenz erfolgreich war. Mit der auf Initiative von Diether Dehm einberufenen Konferenz ist es uns gelungen, OWUS stärker in der Öffentlichkeit zu platzieren. Insbesondere ist das Auftreten des Vorsitzenden der Partei DIE LINKE vor UnternehmerInnen auf dieser Veranstaltung mit großer Resonanz aufgenommen worden. Er äußerte sich eingehend zum Verhältnis der Linken zu den UnternehmerInnen (s. Seite 2). Von der Konferenz aus erfolgte der Vorschlag, in einem Brief dem Bundeswirtschaftsminister auf die Probleme kleiner und Kleinstunternehmen vor allem in der heutigen Krisensituation hinzuweisen und Veränderungen einzufordern. Auf Seite 3 des OWUS-Rundbriefes ist die Antwort des Ministers nachzulesen. Der Vorschlag, in 2 bis 3 Jahren eine zweite internationale Konferenz durchzuführen, fand im Forum große Zustimmung. In Vorbereitung auf die Konferenz wurden im Vorstand zahlreiche inhaltliche Diskussionen geführt, die auch das Selbstverständnis von OWUS als Wirtschaftsverband berührten. Wer sind wir und was wollen wir, welche wirtschaftspolitischen Positionen vertreten wir in der Öffentlichkeit? Diese Diskussionen sind nicht abgeschlossen und werden weitergeführt.

Anfang Juli wurden sie fortgesetzt auf einer Veranstaltung zusammen mit Helle Panke e.V. Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin zur Rolle der KMU in Berlin und Ostdeutschland, an der auch Christa Luft und Almuth Nehring-Venus, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, teilnahmen. Im Ergebnis dieser Veranstaltung soll mit der Hellen Panke eine gemeinsame Publikation zur Rolle der KMU entstehen. Als positiv werten wir auch, dass die wirtschaftspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen der Partei DIE LINKE Anfang Juni in Magdeburg das Thema KMU zum Schwerpunkt ihrer Beratung machten. Mehrere Vertreter von OWUS Berlin-Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen nutzten die Gelegenheit, mit den verantwortlichen Politikern aus Berlin, Erfurt und Magdeburg sowie aus Fraktionen in den alten Bundesländern umfassend die Lage der KMU zu erörtern. Im Ergebnis dieser Beratung entstand von den Vertretern des OWUS Sachsen ein sehr interessantes Arbeitsmaterial als Grundlage für die weitere Diskussion. An den beiden Konferenztagen im Mai nahmen ca. 90 bzw. ca. 50 Teilnehmer teil. Bedauerlich ist, dass seitens der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der Partei DIE LINKE – mit Ausnahme von Ralf Christoffers aus Brandenburg – kein Sprecher bzw. Mitarbeiter aus den wirtschaftlichen Bereichen an der Konferenz teilnahm. An den Diskussionen im Plenum und in den Workshops beteiligten sich aktiv Vertre-

ter der BAG Wirtschaftspolitik, insbesondere die Sprecher Judith Dellheim und Helmuth Markov sowie Mitglieder aus den LAG Linker UnternehmerInnen. Insgesamt kann man die inhaltlichen Ergebnisse der Konferenz mit Referaten, Podiumsdiskussion und Workshops als sehr interessant und informativ einschätzen. Dazu trugen auch die ausländischen Teilnehmer bei. Hochinteressant waren die Informationen aus erster Hand über die Arbeit der weltgrößten Gewerkschaft Mondragón aus Spanien. Nachdenkenswert waren auch die Beiträge der Gäste aus Italien, ob über ethische Ansätze im Bankwesen oder Erfahrungen der Gewerkschaftsarbeit.

Welche Schlussfolgerungen können aus der Konferenz für die weitere OWUS-Arbeit gezogen werden?

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Diskussion vor und während der Konferenz sowie aus dem Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister stehen weiterhin im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit von OWUS. Es geht letztendlich um einen Schutzschirm für die kleinsten und kleinen Unternehmen. Dies werden wir auch in dem bereits begonnenen Bundestagswahlkampf artikulieren.

Die Öffentlichkeitsarbeit von OWUS muss weiter verstärkt werden, die Veranstaltung Anfang Juli mit der Hellen Panke war dazu ein gelungener Beitrag. Die Pressezusammenarbeit mit dem »Neuen Deutschland« wollen wir fortsetzen. Dazu bedarf es jedoch der Mitarbeit von noch mehr OWUS-Mitgliedern, der Vorstand allein kann dies nicht bewältigen.

Die vor und während der Konferenz geknüpften Kontakte zu Vertretern des DGB und anderer Organisationen sowie die Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung werden fortgesetzt, um sich zu einzelnen Schwerpunktthemen auszutauschen und gemeinsame Standpunkte zu formulieren.

Der von Teilnehmern unterbreitete Vorschlag, in zwei bis drei Jahren eine weitere Konferenz durchzuführen, wird seitens des Vorstandes unterstützt. Um die Internationalität einer solchen Konferenz zu erhöhen, bedarf es einer gezielten langfristigen Kontaktaufnahme mit Partnern sowohl aus den EU-Staaten als auch aus Nicht-EU-Staaten, insbesondere Mittel- und Osteuropas.
Dr. Rolf Sukowski, OWUS Berlin-Brandenburg



Inhaltsübersicht

Europäische KMU-Konferenz in Berlin	2–3	OWUS-Landesverbände informieren	5–7
Unternehmerfrühstück	4	Ratgeber Steuern	8

Aus der Rede Lothar Bisky auf der europäischen KMU-Konferenz in Berlin

(Auszüge aus dem schriftlichen Redemanuskript)



»Gerade in der heutigen Krise ist es wichtig, dass sich Unternehmen und Politik über eine neue Wirtschaftspolitik verständigen. Die aktuelle Gefahr ist ein merkwürdiger Aktionismus in der Krisenbewältigung, der dazu führen kann, dass notwendige strukturelle Veränderungen allesamt auf der Strecke bleiben. Am Ende fährt die staatliche Feuerwehr wieder in ihre Feuerwache und die herrschende Politik verabschiedet die nächsten Brandbeschleuniger.«

»Linke und Unternehmen sind auch heute auf den ersten Blick immer noch zwei verschiedene Paar Schuhe. Linke Politik wird als Politik für sozial Benachteiligte, für abhängig beschäftigte ArbeitnehmerInnen, als Politik mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden wahrgenommen. Die Zusammenarbeit zwischen Linken und Unternehmerinnen und Unternehmern überrascht – bis auf wenige intensive Berührungspunkte – bis heute. Ich bekenne unumwunden, wir sollten diesen Zustand schleunigst beenden.«

»Es war immer Ziel linker Politik, ein Bündnis zwischen abhängigen Beschäftigten auf der einen Seite und fortschrittlichen Unternehmern und Unternehmerinnen herzustellen. Ich kenne keinen anderen Weg, um die Dominanz der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin, den nackten Wettbewerb zu überwinden.«

»KMU's sind viel mehr als Großbetriebe auf die Kaufkraft des Binnenmarktes angewiesen. Wenn Massenkaukraft immer weiter sinkt, spüren das viele kleine und mittlere Unternehmen. In der EU werden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als Betriebe definiert, die weniger als 250 Personen beschäftigen. Entweder erzielen sie einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro oder deren Jahresbilanzsumme beläuft sich auf höchstens 43 Millionen Euro. Diese Zahlen allein verdeutlichen, dass es

darüber hinaus auch viele Kleinstunternehmen gibt, die viele von Ihnen hier vertreten. ... Sie, die sie sich bei OWUS organisieren, arbeiten als Firmeneigner oder -eignerin oft mit wenigen Beschäftigten in einem Team zusammen. Dabei kommt es vor, dass sie in manchen Monaten mit weniger Einkommen über die Runden kommen müssen, als ihre Beschäftigten. Und trotzdem ist OWUS ein Ansprechpartner für die Unternehmen, die im Rahmen des immer härter werdenden Wettbewerbs, ihre soziale Verantwortung nicht aufgeben wollen und ich finde, dies ist eine Haltung, die man nicht oft genug würdigen kann. Sie ist für mich auch immer ein Beleg, dass sozial schwierige Lebenslagen keinen Automatismus für Politikabstinenz und Entsolidarisierung erzeugen. Es geht bei dieser Haltung um vieles mehr als um einen ethischen Unternehmenskodex. Unternehmerisches Sprachrohr sozialer Verantwortung zu sein, bedeutet zu einem, das Handeln von Unternehmen in der Gesellschaft konsensfähig zu machen, um berechnete Anerkennung zu werben. Wirtschaftliches Engagement mit sozialer Verantwortung begründet eine Unternehmenspolitik als Gesellschaftspolitik, ein Wirtschaften über den Tag hinaus.«

»Es sind gerade die Kleinstunternehmen – hier in Deutschland, aber auch überall in der Europäischen Union – die eine zentrale Rolle haben, wenn es um den sozialen Zusammenhalt in der Region, um offene ökologische Fragen oder um das kulturelle Selbstverständnis geht. Klein- und Kleinstunternehmen sind eine entscheidende Grundlage für die Entwicklung von Innovationen. In regionalen Wirtschaftskreisläufen sind sie ein Motor für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Ohne sie gäbe es keine regionale Wirtschaftsentwicklung, keine Ansiedlung, keine Entwicklung der sozialen, kulturellen und anderen Infrastrukturen.«

»Die Europäische Linke setzt sich für eine grundlegende politische und wirtschaftliche Alternative ein. Wir sind davon überzeugt: die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist nur durch eine doppelgleisige Anti-Krisenpolitik zu bekämpfen. Gerade jetzt – wo der Krisenverlauf weiterhin im Unklaren ist und Ost- und Südeuropa schon in schweren wirtschaftlichen Fahrwasser sind – können wir nicht die Hände in den Schoß legen. Denn, eines ist sicher: Nach der Krise darf es nicht so weiter gehen wie bisher und dafür müssen wir schleunigst etwas tun. Zuerst geht es natürlich um wirtschafts- und finanzpolitische Sofortmaßnahmen, um

den Fortgang wirtschaftlicher Tätigkeit sichern zu helfen. Gleichzeitig aber müssen wir dafür sorgen, dass die bisher geltenden Regeln eines ungebremsten Kapitalismus nachhaltig verändert werden.«

»Die EU stellt sich heute als ein wesentlich geschlossener Binnenmarkt dar, als dies zum Beispiel in den zwanziger oder in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Deutschland, Frankreich oder Großbritannien waren. Damals gingen selbst konservativ orientierte Ökonomen davon aus, dass im Rahmen der nationalen Binnenmärkte durch eine intelligente binnenmarktorientierte Wirtschaftspolitik eine gute wirtschaftliche Entwicklung organisiert werden kann. Alle diese Binnenmärkte hatten jedoch Außenanteile an der Wirtschaftsleistung von 20–30 Prozent. Der Außenanteil des Binnenmarktes der EU beträgt lediglich 10%. Trotzdem wird stur behauptet, dass eine wirtschaftliche Abstimmung im Rahmen dieses Binnenmarktes oder gar wirtschaftliche Konjunkturprogramme aufgrund der ›Globalisierung‹ nicht möglich sind. Dies Herangehensweise ist schlicht jenseits seriösen ökonomischen Denkens. ... Heute würden wir uns als Linke manches Mal wünschen, dass diese Schmalspurverfechter des Neoliberalismus wenigstens bei den eigenen Klassikern nachschlagen würden.«

»Die EU braucht eine europäische Wirtschaftsregierung. Diese europäische Wirtschaftsregierung soll keine supranationale Exekutive sein. Es geht um die Koordination der Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der Länder, damit Standortlogik, Lohn- und Steuerdumping oder der Protektionismus in der Krisenbekämpfung beendet wird. Wir treten dafür ein, dass sich die EU auf verbindliche und hohe Standards in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verständigt. ... Wir fordern, dass die EZB neben der Preisstabilität gleichrangig auf die Ziele nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet wird. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Unternehmen ... zur Herstellung reparaturfähiger Produkte verpflichtet werden. Wir wollen eine europaweite Richtlinie, die Mehrwegsysteme und regionale Versorgungs- und Verwertungsstrukturen fördert. Wir wollen weitere Maßnahmen entwickeln, die regionalen Wirtschaftskreisläufen Priorität vor einer einseitigen Ausrichtung auf den Export geben.«

»Wir wollen, dass eine europäische Sozialunion zu einem Markenzeichen der EU wird. ... Wir treten für einen europäischen Pakt zur Arbeitsbeschäftigung ein.«

»Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen wurde Arbeit unsicher und Tagelöhner politisch gefördert. Schlechte Arbeit führt zu sinkenden Löhnen und erpressbaren Belegschaften. Das ist gut für die Gewinne, aber schlecht für die Menschen. Es ist verhee- ▶

rend für die kleinen Betriebe, die in diesen Abwärtsstrudel immer mit hineingezogen werden. Ich weiß, dass DIE LINKE und viele kleine und mittlere Unternehmen gegen eine solche Entwicklung kämpfen. Betriebsinhabern und -inhaberinnen darf es nicht egal sein, wenn ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Löhnen nach Hause gehen, von denen sie nicht mehr gut leben können! ... Und auch deshalb wollen wir

die Einfallstore für Niedriglöhne schließen und das Prinzip von gleichen Lohn für gleiche Arbeit für alle durchsetzen. Wir wollen europaweit einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, der in den jeweiligen Mitgliedsstaaten festgelegt wird. Ein solcher Mindestlohn hilft allen Beschäftigten. Er kommt aber vor allem auch den kleinen Betrieben zu Gute, da er den schädlichen Wettlauf um die niedrigsten Löhne beenden wird.«

»Ich möchte Sie einladen, sich an diesem Diskussionsprozess der demokratischen Linken in Europa zu beteiligen. ... Ich gehe davon aus, dass wir unseren Dialog intensivieren, dass wir voneinander lernen und gemeinsam eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Verantwortung durchsetzen – hier in Europa – denn wir sind alle mittendrin.«

Aufruf linker UnternehmerInnen: Reperaturoffensive statt Abwrackprämie

Resolution der europäischen Konferenz zur Zukunft kleiner und mittlerer Unternehmen 2./3. Mai 2009 in Berlin

Die anwesenden OWUS-Mitglieder und weitere UnternehmerInnen verabschiedeten auf der Konferenz folgende Resolution

Schutzschirm fürs Handwerk – Darum wählen Unternehmer links!

Mit großer Besorgnis haben wir zur Kenntnis genommen, dass zunehmend in der europäischen Praxis jegliche Sozialstaatlichkeit der Freiheit des Binnenmarktes untergeordnet wird. Getreu dem Motto der Konferenz »Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung« fordern wir die soziale Verantwortung der Europäischen Kommission und der nationalen Regierungen ein.

Fazit der Europäischen Konferenz zur Zukunft kleiner und mittlerer Unternehmen:

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist bei den kleinen Unternehmen angekommen!

Weiterer Einbruch der Kaufkraft, Erlösrückgänge, steigende Außenstände führen zum Insolvenz-Domino gerade in arbeitsintensiven

Branchen. Die Bundesregierung blockiert europäische Konjunkturprogramme, bleibt weit hinter Obamas investitiven Anstrengungen zurück und belässt es beim Strohfeuer mit Steuermilliarden namens »Abwrack-Prämie«, um die Auftragsbücher vor der Bundestagswahl zu schönen. Die Großbanken und die Finanzhaie dahinter bekommen einen milliardenschweren Schutzschirm; die Kleinunternehmer – also die 99,5% aller Unternehmer – sollen sehen, wo sie bleiben – und wenn es Hartz IV wird.

OWUS und die am 2./3. Mai auf der Konferenz versammelten Selbstständigen fordern darum einen Schutzschirm für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, eine echte Offensive fürs Reparaturhandwerk (halbierter Mehrwertsteuer, Mini-Zins für Startups, samt gesetzlichem Druck auf die Konzerne, endlich reparaturfreundlich zu produzieren). Mehr Reparatur und weniger Austausch – das heißt: mehr Arbeitsplätze in infrastrukturschwachen

Regionen, Materialeinsparung, Müllvermeidung, weniger LKWs auf der Autobahn und damit weniger CO².

Wir fordern die Stärkung der Kaufkraft vor allem bei den geringen Einkommen. Für Deutschland bedeutet dies die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes wie in der Mehrzahl der anderen EU-Staaten und die Anhebung der Regelsätze nach SGB II. Außerdem fordern wir: 1-Prozent-Zinsen und Steuerstundung für Insolvenz-Überbrückungen und Lieferantenkredite von Kleinunternehmen.

Deshalb stehen Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer, die aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung handeln, bei der LINKEN, die als einzige Bundestagspartei von Allianz und Deutscher Bank keine Parteispenden erhält. Kleinunternehmen wollen nicht länger taktische Manövriermasse sein für die Konzerne und Großbanken sowie ihre Parteifreunde in CDU, FDP, SPD und Grünen!

Antwortbrief des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie an OWUS

Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg, MdB

»Ich begrüße Ihr Engagement für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Sie bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Es ist mir deshalb ein besonderes Anliegen, KMU dabei zu unterstützen, die Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen.

Die Bundesregierung hat bereits eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, die dazu dienen, die finanzielle Lage insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu verbessern. Hierzu gehört vor allem das KfW-Sonderprogramm, das mit einem Volumen von 15 Mrd. Euro zum 1. Dezember 2008 eingeführt worden ist, um die Kreditversorgung

Kleiner und mittlerer Unternehmen sicherzu-

stellen. Im Frühjahr wurde das Programm auf 40 Mrd. Euro aufgestockt. Darüber hinaus profitieren KMU im Vergleich zu großen Unternehmen von Präferenzen, die sich insbesondere in der höheren Haftungsfreistellung für Kredite an KMU niederschlagen. So können etwa Investitionskredite im mittelständischen Bereich bis zu 90% haftungsfreigestellt werden, an große Unternehmen nur zu 70%. Für Banken wird damit ein Anreiz geschaffen, Förderkredite insbesondere an KMU stärker durchzuleiten. Bereits 2006 hat die Bundesregierung gemeinsam mit der KfW und der GLS-Bank die Mikrofinanzierungsinitiative gestartet. Mikrofinanzierungsinstitute können an kleine Unternehmen Kleinstkredite

vergeben, in diesem Rahmen sind auch Finanzierungen von Betriebsmitteln möglich. Neben der Förderung der Vergabe direkter Kredite an KMU wurde das bestehende inländische Bürgschaftsinstrumentarium zur Sicherung der Kreditversorgung der KMU erheblich ausgeweitet. In Abstimmung mit Bund und Ländern können Bürgschaftsbanken nunmehr befristet bis Ende 2010 auch Kredite bis 2 Mio. Euro zu 90% verbürgen (regulär 1,5% Euro zu 80%). Zur Entlastung der Bürgschaftsbanken trägt der Bund das zusätzliche Obligo in Höhe von 10% durch Erhöhung der Rückbürgschaft.

Auch bei den EU-rechtlichen Vorgaben zu den Entgelten für die Inanspruchnahme ▶

von Bürgschaften wurden Erleichterungen für KMU geschaffen. So sind derzeit Abschlüsse von bis zu 25 % von marktmäßigen Bürgschaftsprämien für KMU für die Dauer von zwei Jahren ab Gewährung der Garantie erlaubt. Bei der Verbürgung kleinerer Kreditsummen können die Prämien im Rahmen der so genannten Kleinbeihilfenregelung sogar noch stärker reduziert werden. Ich trete für eine umfassende Steuerstrukturreform ein, die neben der Einkommenssteuer auch die Umsatzsteuer mit einschließt. Im Rahmen einer solchen müssen auch steuerliche Ungereimtheiten und unnötige Bürokratiebelastungen beseitigt werden. Ebenso muss eine grundsätzliche Diskussion dazu geführt werden, wie die Umsatzsteuer im Rahmen der EU-rechtlichen Möglichkeiten wirtschaftlich vernünftig und vertretbar gestaltet werden kann.

In dieser Legislaturperiode wird die Bundesregierung jedoch keine ermäßigten Umsatzsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen einführen.

Das von Ihnen angesprochene Reparaturhandwerk kann bereits jetzt von Förderprogrammen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie profitieren, z.B. vom Impulsprogramm Materialeffizienz. Unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes muss hier jedoch ein Abwägungsprozess vorgenommen werden. So kann die Neuanschaffung eines energieeffizienten Gerätes mitunter mehr CO² einsparen als die Reparatur eines alten Gerätes. Seit Februar 2008 bieten das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und die KfW mit dem »Sonderfonds Energieeffizienz für KMU« gemeinsam ein Programm an, mit dem

die Energieeffizienz von KMU gezielt gefördert werden kann. Darüber hinaus unterstützt die »Exportinitiative Energieeffizienz« der Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie deutsche Anbieter von Produkten, Systemen und Dienstleistungen im Bereich Energieeffizienz seit 2007 bei der internationalen Vermarktung ihres Angebots.

Der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes stehe ich äußerst kritisch gegenüber. Ein staatlich festgesetzter Mindestlohn gefährdet Arbeitsplätze gerade von Langzeitarbeitslosen und weniger Qualifizierten. Er untergräbt die Tarifautonomie und verzerrt den Wettbewerb zu Lasten kleinerer und mittelständischer Unternehmen.

OWUS-Unternehmertreff in der Hellen Panke am 1. Juli 2009: Forum zur »Wirtschafts- und Sozialpolitik«

Gemeinsame Veranstaltung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Zu Situation und Entwicklungsperspektiven der KMU in Berlin und Ostdeutschland und den Auswirkungen der gegenwärtigen Krise diskutierten am 1. Juli 2009 OWUS-Mitglieder mit ihren Gästen Prof. Dr. Christa Luft, Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Almuth Nehring-Venus, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und Dr. Rolf Sukowski, Vorsitzender OWUS Berlin-Brandenburg. Vorgestellt wurden die Überlegungen des Senats zur wirksamen Unterstützung der KMU und die Ergebnisse der Europäischen Konferenz zur Zukunft kleiner und mittlerer Unternehmen.

Der Moderator Prof. Dr. Klaus Steinitz hatte viel zu tun die im doppelten Sinne hitzige Diskussion zu leiten; denn bei schwülen Tempera-

turen um die 30 Grad und der Frage, was die Krise für die kleinen Unternehmen bedeutet, ging es schon heiß her.

Die Wortmeldungen bezogen sich vor allem auf Mindestlöhne und deren Auswirkungen auf die kleinsten Unternehmen, die Rolle der großen Industrie und der Kommunen und deren Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Kunden, die Bedeutung von Netzwerken und Genossenschaften für die Schaffung von stabilen Wertschöpfungsketten in Krisensituationen.

Mit dem Blick auf 15 Jahre OWUS waren sich die Anwesenden einig: Die Unternehmen kämpfen um ihre und die Existenz ihrer Mitarbeiter, fordern von der Politik Verlässlichkeit bei Insolvenzschutz und Forderungssicherung besonders in der Krise, setzen sich für die Schaffung

regionaler Wirtschaftskreisläufe ein, in denen sie eine wichtige Rolle spielen, und stellen sich der Produktentwicklung in ihren Branchen, um für die Zukunft gewappnet zu sein.

Wichtigstes Ergebnis der Runde: Künftig soll es regelmäßige Informationstreffen mit der Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen Almuth Nehring-Venus geben, aus der heraus gute Beispiele für die Entwicklung und Arbeitsweise von kleinen Unternehmen in Berlin popularisiert werden.

Prof. Dr. Irene Gebauer, OWUS-Vorstandsmitglied Berlin-Brandenburg e. V.

Unternehmerfrühstück mit Edgar Most

Petra Pau, Dagmar Pohle und OWUS trafen eine gute Entscheidung, als sie den Finanzexperten, einst jüngster Bankdirektor der DDR und langjährigen Berater der Bundesregierung Edgar Most im Juni zum Unternehmerfrühstück ins Biesdorfer Schloss einluden.

Mehr als eine Stunde sprach der Referent über das Kapital. Das Kapital hat keine Heimat, Kapital fragt nicht nach der Gesellschaft, Kapital ist nicht sozial. Und: die jetzige Krise ist eine Systemkrise! Sätze die für Menschen, die einst Marx gelesen haben, nicht neu sind, die aber erst angesichts der zugespitzten Krisensituation in der Öffentlichkeit wieder Gehör finden. Auch

der geldtheoretisch Ungeübte bekam eine Ahnung, was es bedeutet, wenn seit den 70er Jahren das Geldvolumen auf das 40-fache, die Wirtschaftsleistung aber nur um das 13-fache gestiegen ist. Noch ist das ganze Ausmaß dieser Blase nicht erkennbar, geschweige denn die Lösung in Sicht. Noch immer verkaufen die USA ihre Schulden aus dem Irak- und Afghanistankrieg über ungedeckte Wertpapiere an die ganze Welt. Und die Menschen kaufen sie in Erwartung einer hohen Rendite!

Aber es ist nicht Edgar Mosts Sache, nur Katastrophen zu verkünden. Also macht er Vorschläge, wie zumindest partiell die Geld- ▶



wirtschaft wieder auf die Realwirtschaft zurückgeführt werden könnte. Zum Beispiel: Ablösung des Dollars durch eine internationale Währung analog dem transferablen Rubel im RGW – ein Vorschlag, den auch Russland in den letzten Tagen unterbreitet hat. Und überhaupt sollten die Ursachen der Krise und nicht nur ihre Folgen bekämpft werden! Der Erfahrungsschatz der untergegangenen DDR ist für Edgar Most eine

Quelle von Vorschlägen, was und wie alternative Lösungsansätze aussehen könnten. Da ist die Rede von Genossenschaften, kommunalen Betrieben, einer Bahnlinie von Peking nach Paris, um Arbeit in eben der vernachlässigten Realwirtschaft zu schaffen und dabei vor allem den neuen Bundesländern eine neue Chance zu geben.

Bevor es dann an den Verzehr der obligato-

rischen Schmalzstullen und sauren Gurken ging, wurde von den über 80 Unternehmerinnen und Unternehmern lebhaft nachgefragt. Die wichtigste Erkenntnis war vielleicht, dass es durchaus lohnt, von LINKS gegen den Mainstream zu denken.

*Erika Maier – Sprecherin
des LINKEN WIRTSCHAFTSFORUMS*

Anregende Debatte in Weimar: Sind Linke bessere Unternehmer?

In einem Zeitungsinterview hatte Diether Dehm, der Vorsitzende des linken, branchenoffenen Wirtschaftsverbandes OWUS, mit einer provokanten These für Aufsehen gesorgt. Angesichts der Wirtschaftskrise befand Dehm, »die schlauesten Vorschläge kommen von links«. Sind Linke also bessere Unternehmer, fragte sich mancher Leser. Grund genug für OWUS Thüringen, am 20.5.2009 eine Podiumsdiskussion in Weimar zu organisieren – »um der Lösung dieser Frage zumindest näher zu kommen«, wie es in der Einladung hieß. »Wege aus der Wirtschaftskrise – sind die Linken die besseren Unternehmer?« lautete der Titel der Veranstaltung. Natürlich war Diether Dehm einbezogen, der nicht nur Bundestagsabgeordneter in der Fraktion DIE LINKE ist, sondern auch Unternehmer, nämlich Geschäftsführer des Musikverlages Edition Musikant GmbH, sowie Autor und Liedermacher. Als Diskussionspartner konnte mit Klaus Dieter Böhm ein wirtschaftliches Schwergewicht der Region gewonnen werden. Der Geschäftsführer

des Klinikzentrums Bad Sulza, der Toskana Therme sowie des Hotels an der Therme Bad Sulza und Gesellschafter des Regionalsenders Salve TV steht für erfolgreiches Unternehmertum, das ohne Subventionen auskommt. Gut 30 Interessierte aus ganz Thüringen waren der Einladung zur Debatte gefolgt, auch wenn ein Stau auf der Autobahn 4 den Beginn hinauszögerte.

Eher vorsichtig näherte sich Diether Dehm dem Thema: »Ein guter Unternehmer ist ein guter Unternehmer! Wenn er noch dazu ein Linker ist, umso besser.« Seine Vision sei der »unternehmerische Sozialismus«, der, gemessen an der heutigen Entwicklung, das klügere unternehmerische Gedankengut enthalte. In der Praxis sah Dehm freilich Defizite: So mancher Linke könne Geld ausgeben, aber nicht einnehmen.

Erstaunlich wenig Widerspruch kam von Klaus Dieter Böhm. Für ihn sei die Hauptfrage die Ethik. »Wenn man Menschen nimmt, die eine bessere Welt wollen, dann sind die die besseren Unternehmer«, so sein Credo. Die Mehr-

heit der Linken weltweit sei geeignet, für diese Ziele einzutreten.

Turbulenter gestaltete sich freilich die Diskussion um Verstaatlichungen bestimmter Großunternehmen (Energie, Verkehr) und von Banken. Dehm benannte sie, immer auf rechtsstaatlichem Wege, als Basis des unternehmerischen Sozialismus – wenngleich dafür ein reformierter Staat notwendig sei. Böhm hingegen setzte auf die Gesellschaft, nicht auf den Staat – denn »die Basis ist der Kraftquell«. Einen Kompromissvorschlag unterbreitete Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter der LINKEN und im Vorstand von OWUS Thüringen: die Lösung könne die Stärkung der kommunalen Wirtschaft als Kernelement einer notwendigen Wirtschaftsdemokratie sein. Böhm sprach sich gegen Subventionen aus, die nur Quelle von Wettbewerbsverzerrung seien. Auch hier bot Kuschel einen Kompromiss an: Subventionen nur als Nachteilsausgleich.

Interessant Böhms abschließender Ratschlag an die Linken: »Wenn man etwas verändern will, braucht man immer Verbündete.« Dazu passte die Verabredung, im Gespräch zu bleiben.

*Stefan Wogawa,
OWUS Mitglied Thüringen*

Linke Unternehmer setzen Zeichen!

Im Landeswahlprogramm der Partei DIE LINKE. setzt sich diese für die stärkere Hinwendung zu alternativen Eigentumsformen ein und strebt eine echte »Energiewende« in Thüringen und im Bund an.

Damit diese Forderungen keine leeren Wahlversprechen bleiben trafen sich kürzlich in Nordhausen linke Unternehmer der linken Wirtschaftsverbände von OWUS Thüringen e.V. und OWUS Bayern e.V. um die praktische Umsetzung dessen auf den Weg zu bringen. »Man habe vor« – so der stellv. Landesvorsitzende von OWUS Thüringen Detlef Hauthal sowie Carsten Nissen stellv. Sprecher OWUS Bayern – »gemeinsam eine Kollektive Wirtschaftsform (evt. Genossenschaft) zu gründen, deren Ziel die Gewinnung und Nutzung erneuerbarer Energien ist.« Einen finanzstarken Partner, der dieses Vorhaben begleitet, hatte man schon in einer »Ethischen Bank« aus Tirol während der ersten

europäischen Mittelstands-Konferenz von OWUS Anfang Mai in Berlin, gefunden. Unterstützung findet dieses Vorhaben durch die Mitglieder des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE. Petra Hauthal aus Thüringen und Joachim Gabriel aus Bayern, die sich gleichzeitig für eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern einsetzen.

»Wir sind uns sicher, mit diesem Projekt sowohl linke Wirtschaftspolitik als auch alternative Energiepolitik praktisch umsetzen zu können, dabei regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, interessierten Kommunen energiepolitische Alternativen zu den Energie-Monopolisten zu bieten, und für Mitglieder zusätzliche finanzielle Spielräume zu schaffen«, so die Initiatoren.

*Detlef Hauthal,
OWUS Thüringen e.V.*



OWUS-Mitglieder aus Thüringen und Bayern

Politisch Einfluss auf das Landtagswahlprogramm genommen

Viele OWUS-Mitglieder gehören gleichzeitig den Landesarbeitsgruppen linker Unternehmer (LAG LiU) in der Partei DIE LINKE an. So auch in Brandenburg. So führten OWUS und LAG LiU Brandenburg am 18.06.09 eine gemeinsame Veranstaltung in Potsdam durch. Dabei wurde u.a. der Entwurf des Landtagswahlprogramms der LINKEN mit dem Mitglied der Landtagsfraktion DIE LINKE, Thomas Domres, diskutiert. Einige Anregungen von OWUS hatten bereits Eingang in den Entwurf gefunden (Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung – nicht nur das Motto von OWUS, sondern auch ein Kapitel im Wahlprogramm der LINKEN). Weitere Forderungen wurden jedoch erhoben und Korrekturen angeregt. Beispielsweise wurde darauf hingewiesen, dass man kein weiteres Programm für Mikrodarlehen braucht, solange auch das

nach dem Hausbankprinzip arbeitet und damit einigen Unternehmen der Zugang zu diesen Krediten praktisch versperrt bleibt. Es wurde angemerkt, dass überzogene Gründungsoffensiven endlich eingedämmt werden sollten, da betriebswirtschaftlich ungebildete Gründer oft mit Dumpingpreise existierende Unternehmen zerstören, bevor sie selbst insolvent werden. Weitere Punkte wie aktive Substanzpflege bestehender Unternehmen, bessere soziale Sicherung für Selbstständige, Ausbildungszulage für KMU usw. wurden angesprochen. Man hörte uns aufmerksam zu und verfolgte unsere Argumente interessiert, was offenbar nicht ohne Wirkung blieb. Denn wenige Tage später folgte eine Einladung der wirtschafts- und finanzpolitischen Sprecher, um im Landtagsgebäude Änderungsanträge für das Wahlprogramm ge-

meinsam zu formulieren, damit das Programm besser wird. Dabei konnten wesentliche Teile unserer Anregungen umgesetzt werden:

- der Zusammenhang von Bürgschaftssystem und Eigenkapitalbildung wurde neu formuliert,
- die Forderung nach vermindertem MWSt-Satz für arbeitsintensive Dienstleistung wurde aufgenommen,
- der Wille zur Substanzerhaltung bestehender Unternehmen durch Überbrückungsfinanzierung wurde als neuer Aspekt benannt,
- der Umbau der ILB zur Förderbank und zur Finanzierungssicherung hinzugefügt.

Neben diesem Erfolg der konkreten Einflussnahme auf das Wahlprogramm ist sehr positiv zu vermerken, dass die Landtagsfraktion der LINKEN künftig stärker mit LAG LiU und OWUS zusammenarbeiten will, um den dort versammelten Sachverstand für die politische Arbeit zu nutzen.

Uwe Richter,

Sprecher LAG LiU Brandenburg

Unternehmertreff Potsdam

Zusammenarbeit in Unternehmensnetzen nimmt konkrete Formen an



Ein Thema auf dem letzten OWUS Stammtisch am Donnerstag, den 18.06.09 war die Konkretisierung des Gedankens der Zusammenarbeit in einem Unternehmensnetzwerk. Herr Frank Möricke von der Zukunftsagentur (ZAB) stellte das IMPULS Programm des Landes Brandenburg vor. Dieses Programm dient dazu, Zusammenschlüsse von Unternehmen mit dem Ziel der Steigerung der eigenen Wirtschaftskraft zu unterstützen. De jure kann ein Unternehmensnetz ab vier Teilnehmern gebildet werden. Herr Möricke empfiehlt im Interesse der Handhabbarkeit die Größe auf neun bis elf Unternehmen

zu begrenzen. Thematisch kann ein Unternehmensnetz sehr vielfältig sein. Das kann bspw. der Zusammenschluss von Unternehmen mit dem Ziel der gemeinsamen Entwicklung eines Produktes aus Einzelkomponenten der Netzwerkteilnehmer sein oder der Zusammenschluss mit dem Ziel, gemeinsam Marketing und Vertrieb zu stärken. Aus Sicht von Herrn Möricke ist es sehr wichtig, dass der Zusammenschluss der einzelnen Unternehmen aufeinander abgestimmt ist.

Michael Wolff führte dazu in der Diskussion mit Herrn Möricke am Beispiel eines Reiskochers

ein sehr einfach nachvollziehbares Beispiel an. So könnte ein förderfähiges Unternehmensnetz entstehen, deren Mitglieder den Reiskocher produzieren, Reis in veredelter Form auf den Markt bringen und dazu passend das entsprechende Geschirr inkl. des Tisches und der Stühle anbieten. Da aber voraussichtlich der Anbau von Reis in unseren Breitengraden wenig Ziel führend ist, ist es nach den ersten beiden Informationsveranstaltungen sinnvoll, sich konkret mit diesem Thema zu befassen und die Sommermonate für den Aufbau eines Brandenburger Unternehmensnetzes zu nutzen.

Ein mögliches Thema wäre "Das Berliner Zimmer" oder "Der gedeckte Berliner Tisch". In und um Berlin gibt es eine Vielzahl von Unternehmen, die Ihre Produkte unter diesem Thema gemeinsam anbieten könnten. Hier wäre bspw. der Schreibgerätehersteller Cleo Skribent aus Bad Wilsnack zu nennen, eine in Brandenburg a.d.H. ansässige Tischlerei die Möbel für öffentliche Behörden herstellt, eine Porzellanma- ▶

Termine 2009

20. August um 19.00 Uhr

OWUS Unternehmertreff Brandenburg

Ort: Wahlquartier DIE LINKE im Hauptbahnhof Potsdam

Thema: Förderpolitik KMU

Gast: Ralf Christoffers, MdL Brandenburg

22. August ab 13.00 Uhr

Sommerfest DIE LINKE in Potsdam

Ort: Lustgarten Potsdam, OWUS-Stand

nufaktur aus dem Barnim, ein innovativer Kosmetikhersteller aus Potsdam Mittelmark oder ein kreativer Produzent pharmazeutisch getesteter Nahrungsergänzungsmittel aus Teltow Fläming. Die Palette kann äußerst vielfältig sein und wird letztlich von den Akteuren des Netzwerkes bestimmt. Sie sind es, die mit ihren Ideen und Vorschlägen ein solches Netzwerk zum Leben erwecken können.

Unabhängig von der möglichen Inanspruch-

nahme von Fördermitteln und der Sicherung der Finanzierung hängt der Erfolg eines solchen Netzes von den Teilnehmern selbst ab. Ein Projektmanager hat hier wirklich nur koordinierende Aufgaben. Er kann das Ziel vorgeben und sich darum kümmern, dass die Organisation des Zusammenwirkens erfolgreich ist, aber er wird nicht in der Lage sein, selbst Produkte herzustellen und er kann auch nicht deren Qualität gewährleisten.

Mit BerlinProducts.eu steht eine im Aufbau befindliche online Plattform zur Verfügung. Die technischen Planungen sind mittlerweile soweit fortgeschritten, dass der Betrieb im IV. Quartal 2009 aufgenommen wird. Dies hat aber aus Sicht des Betreibers nur dann Sinn, wenn entsprechende Inhalte zur Verfügung stehen. Sie sind es, die den Erfolg oder auch Mißerfolg von BerlinProducts bestimmen werden.

Gunter Flügel, OWUS-Mitglied

OWUS-Mitglied als Landtagskandidat

Die Mitglieder der Partei DIE.LINKE des Kreisverbandes Ostprignitz-Ruppin haben mich als Kandidat für die Landesliste zur Brandenburger Landtagswahl nominiert. Der Landesparteitag bestätigte dieses Votum und wählte mich auf Platz 22 der Landesliste. Zusätzlich wurde ich in unserem Wahlkreis zum Direktkandidat für DIE.LINKE gewählt. Für den Kreisverband Ostprignitz-Ruppin waren überwiegend meine Erfahrungen und mein Fachwissen als Fachanwalt für Arbeitsrecht und Sozialrecht und meine vielseitige ehrenamtliche Arbeit im Bereich von Hartz IV, Alterarmut, Unterstützung Kitainitiative und dergleichen ausschlaggebend. Ziel ist es, einerseits wieder einen regionalen Abgeordneten der LINKEN vor Ort zu haben und andererseits in der Landtagsfraktion das Gebiet Arbeit und Soziales mit zusätzlichen juristischen Sachverstand zu bereichern.

Darüber hinaus liegen meine Ambitionen auf wirtschaftlichem Gebiet im Sinne linker Unternehmer. Meine langjährigen Tätigkeiten im Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft, den Wirtschaftsjunioren, für die IHK, in den Wirtschaftsausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und des Kreistages werden dazu beitragen können, wirtschaftliche Gesichtspunkte stärker in der Landtagsfraktion einzubringen. Hierbei sind sicherlich die Rückkopplungen als Mitglied im OWUS und der AG Linker UnternehmerInnen sowie mein Mandat als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Bau und Vergabe im Kreistag OPR nützlich. Die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Soziales und nicht zuletzt Bildung stehen für die weitere Entwicklung unseres Landes in engen gegenseitigen Zusammenhängen, dass fachübergreifendes Denken und Abstimmungen erforderlich sind,



um den Fehlentwicklungen im Ergebnis der bisherigen SPD- und CDU-Landespolitik wirksam entgegenwirken zu können.

Gerd Klier, OWUS-Mitglied

Mit OWUS auf Fahrt – 2009 nach Amsterdam



Die niederländische Metropole Amsterdam ist in diesem Jahr vom 02. bis 04. Oktober Ziel der Jahresfahrt für Mitglieder des Unternehmerverbandes OWUS. Die Stadt auf dem Amstel-Damm hat sich im Laufe ihrer mehr als 800-jährigen Geschichte von einer auf Pfählen gebauten Siedlung im Sumpf zur bedeutendsten Stadt des Landes mit fast 750.000 Einwohnern entwickelt. Waren früher Waren Hering und Bier die treibenden Kräfte der Wirtschaft und fuhrten die Amsterdamer noch vor weniger als fünfhundert Jahren mit Handelsflotten über die Weltmeere, so bestimmen heute Hochtechnologie und Tourismus ganz wesentlich das Bild (das Bier aller-

dings hat seine Position gehalten). Die Teilnehmer der Reise werden vielfältige Eindrücke gewinnen können, wie sich unser Nachbarland den ökonomischen und sozio – kulturellen Herausforderungen unserer Zeit stellt. Sichtbar wird das auch beim Ausflug nach Zaanse Schans, Marken und Volendam – als 1932 die Zuidersee zum Binnengewässer wurde, verloren die Menschen hier ihre Hauptlebensgrundlage, die Fischerei. Die Ergebnisse des Transformationsprozesses dieser ganzen Region sind interessant zu erleben. Natürlich bietet der Fahrtverlauf auch genügend Freizeit und Raum für eigene Entdeckungen, verfügt Amsterdam doch mit dem Rijksmuseum über die größte Kunstsammlung des Landes, das Rembrandthuis und das Van

Gogh Museum sind Sammlungen mit Weltgeltung und das Anne Frank Haus in der Prinsengracht eine Stätte der Erinnerung mit immer neuer Aktualität. Das BASTION HOTEL AMSTERDAM CENTRUM – NOORD unweit des Stadtzentrums wird ein guter Gastgeber sein. Und schließlich möchte wohl kein Amsterdam – Besucher auf das Erlebnis einer indonesisch/javanischen Reisetafel verzichten ...

Reiseanmeldungen telefonisch unter:

030 / 4 23 33 33

oder per Mail an: tuk-berlin@derpart.de

*Jürgen Heinrich, Geschäftsführer tuk,
OWUS-Vorstandsmitglied
Berlin-Brandenburg e. V.*

Impressum

Herausgeber: OWUS Berlin-Brandenburg e. V.

Redaktion: Renate Vehlou, Dr. Rolf Sukowski

Adresse der Redaktion: OWUS-Rundbrief
Weydinger Straße 14–16, 10178 Berlin

Tel.: (030) 24 00 95 63, Fax: (0 33 27)73 20 90

www.owus.de

Herstellung: typegerecht berlin

Tel.: (030) 48 49 62 43, www.typegerecht.de

Mindestlohn beachten



Eine der zentralen Forderungen der LINKen ist die Einführung eines bundesweit einheitlichen Mindestlohnes. Bereits jetzt werden mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz tarifvertragliche Mindestlöhne einzelner Branchen bundesweit verbindlich festgesetzt. Zahlt der Arbeitgeber diese festgelegten Mindestlöhne nicht, drohen ihm Bußgelder in erheblicher Höhe.

Derzeit (Stand: 13.05.09) gelten Mindestlöhne in folgenden Branchen:

- **Bauhauptgewerbe**
9,00 EUR bis 12,85 EUR (bis 31.08.09)
- **Dachdeckerhandwerk**
10,40 EUR (bis 31.12.09)
- **Maler- und Lackiererhandwerk**
7,50 EUR bis 11,05 EUR (bis 30.06.09)
- **Elektrohandwerke**
7,90 EUR im Osten;
9,40 EUR im Westen (bis 31.12.10)
- **Gebäudereinigung (Innen- und Unterhaltsreinigung)**
6,58 EUR im Osten;
8,15 EUR im Westen (bis 30.09.09)
- **Glas- und Fassadenreinigung**
7,84 EUR bis 8,34 EUR im Osten;
10,80 EUR im Westen
- **Briefdienstleistungen**
8,00 EUR bis 9,80 EUR (bis 30.04.10)
- **Im Abbruch- und Abwrackgewerbe** ist der Mindestlohn am 31. Dezember 2008 außer

Kraft getreten. Er hatte bis dahin 9,10 EUR bis 11,96 EUR betragen.

Am 24.04.09 wurde das Arbeitnehmer-Entsendegesetz neu gefasst. Damit wurde die Grundlage geschaffen, Mindestlöhne in weiteren Branchen bundesweit verbindlich werden zu lassen. Sechs neue Branchen wurden im Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen.

Die neuen Branchen im Arbeitnehmer-Entsendegesetz:

- Sicherheitsdienstleistungen
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft
- Abfallwirtschaft
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen
- Pflegebranche

Die Höhe der Mindestlöhne in diesen Branchen wird erst festgelegt, wenn die Tarifverträge dieser Branchen für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Mindestlohn und tariflicher Mindesturlaub sind im Zusammenhang zu sehen.

Bitte beachten Sie bei der Überprüfung der Lohnunterlagen auch die Regelungen zum tariflichen Mindesturlaub. Die Verletzung dieser Vorschriften führt mittelbar zur Mindestlohnunterschreitung. Zudem ist die Pflicht zum Führen von Arbeitszeitznachweisen zu berücksichtigen.

gerd.beck@etl.de

Wo ist **OWUS** in meiner Region zu erreichen?

OWUS Dachverband e.V.

Vorsitzender Dr. Diether Dehm, MdB
OWUS Berlin-Brandenburg e.V.
Landesvorsitzender Dr. Rolf Sukowski
Geschäftsführerin Renate Vehlow
 Weydinger Straße 14–16, 10178 Berlin
 (030) 24 00 95 63, (03327) 73 20 90
www.owus.de, kontakt@owus.de

OWUS Sachsen e.V.

Landesvorsitzender Reinhard Heinrich
 Lachenweg 27, 01640 Coswig
 (03523) 6 07 42, (03523) 70 09 40
owus@heinrich-coswig.de

Regionalverband Dresden

Geschäftsstelle: Ralf Krämer
 Florian-Geyer-Straße 15/02/02, 01237 Dresden
 (0351) 4 41 14 43, (0351) 4 41 15 59
assekuranz@ralfpeter-kraemer.de

Regionalverband Westsachsen

Geschäftsstelle: Thomas Schuffenhauer
 Robert-Siewert-Straße 30, 09122 Chemnitz
 (0371) 2 36 20 90, (0371) 2 36 20 90
schuffenhauer@raum-und-technik.de

OWUS Sachsen-Anhalt e.V.

Landesvorsitzende Iris Gottschalk
 Hallische Straße 4, 39104 Magdeburg
 (0391) 56 57 40, (0391) 5 65 74 16
iris.gottschalk@datevnet.de

OWUS Thüringen e.V.

Landesvorsitzender Gerd Beck
 Am Stein 44, 99846 Seebach
 (03681) 39 95 21
GerdBeck-ZM@t-online.de

Landesverband Bayern

Landesvorsitzende Kornelia Möller, MdB
 Nebelhornstraße 7, 80686 München
 (089) 54 24 40 76
karsten.nissen@gmx.de

Landesverband Niedersachsen

Landesvorsitzender Joachim Sturm
 Salzpännerstr. 18, 31162 Bad Salzdetfurth
 (05063) 96 00 10
joachim.sturm@gmail.com

Landesverband Hessen

Landesvorsitzender Kai Boeddinghaus
 Mecklenburgerstraße 7E, 34131 Kassel
 (0561) 77 79 86, (0561) 18 18 0
kai@boeddinghaus.org

Die Ansprechpartner für die Unternehmertreffs in den einzelnen Regionen oder Städten sind über die oben genannten Kontaktadressen und die Geschäftsstellen der Länder zu erfragen.

BÜRO ■ PROFI
P o t s d a m G m b H

Bürobedarf: Druckerzubehör, Spezialpapiere, Aktenvernichter, Diktiergeräte, Stempel

Der Lieferant für Büromaterialien!

Gutenbergstraße 32, 14467 Potsdam
Tel.: 0331-293463, Fax: 0331-295983, <http://www.bueroprofi.de>, Bueroprofi-Potsdam@t-online.de

Links messen. Rechts abschneiden.

Gut ausgerüstet mit ND!

Mit uns ins Superwahljahr.
Jetzt 2 Monate »Neues Deutschland« lesen für nur 25€ + gratis ND-Zollstock.

Jetzt gleich bestellen:
Tel.: 030 23 78 – 18 00
www.neues-deutschland.de/abo

Druck von Links.